

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

-,30

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS KOMITEE APRIL/MAI 1979 NR. 34

Habsburg

-der Faschist

auf der CSU-Liste

Otto Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, kandidiert auf Platz 3 der CSU-Liste für die Europawahlen. Habsburg, Präsident der 1922 gegründeten PAN-Europa-Union (s. auch S.) liefert seit Jahrzehnten als "Publizist" den Verfechtern einer aggressiven Großeuropa-Idee Argumente an die Hand.

Habsburg, der in vielen Reden Strauß als den starken Mann und fähigsten deutschen Politiker bezeichnet hat, veröffentlicht im April 1978 in der 'Zeitbühne' Vorschläge zur Errichtung einer Einmann-Diktatur in Krisenzeiten. Kernaussagen: "Alle Macht, ohne Verzug, wird auf 9 Monate an eine einzige Person übertragen; dieser Mann sollte - nur für die Zeit des Notstandes - das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren Mit dem Staatsnotstand träte auch das Kriegsrecht in Kraft. Es scheint absolut geboten, für eine solche Situation eine schnell arbeitende Justiz, bzw. die letzte Strafe wieder einzuführen" (Konkret 4/79)

Fortsetzung auf Seite 2



Mit der Europawahl versuchen Strauß und seine Auftraggeber ein Stück mehr Einfluß in Europa zu gewinnen. Habsburg verkörpert das Europa-Programm von Strauß. Das Europaparlament soll ihm als internationale Tribüne seiner reaktionären Propaganda dienen. Lesen Sie auf Seite 5: Das großdeutsche Reich als Europaidee. Das obige Plakat kann für 2,-DM beim Anti-Strauß-Komitee bestellt werden.

Fortsetzung von Seite 1:

Zwei Monate später erhält dieser Mann, der offen die faschistische Diktatur propagiert, durch die CSU-Regierung von Oberbayern - im Eilverfahren - die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Proteste von SPD und FDP im Landtag beantwortete der Nazi-Verteidiger Seidl, damals noch bayerischer Innenminister, damit, bei der Einbürgerung "habe man ein besonderes staatliches Interesse" bejaht und berücksichtigt, daß Habsburg "eine Person der Zeitgeschichte sei" und "in Bayern das Geschichtsbewußtsein noch nicht völlig vor die Hunde gegangen" sei (SZ 29.6.78). Damit bestätigt Seidl, daß Habsburg ins Land geholt wurde, um hier der Propaganda des Rückschritts und der Reaktion zu dienen.

Herausgeber:

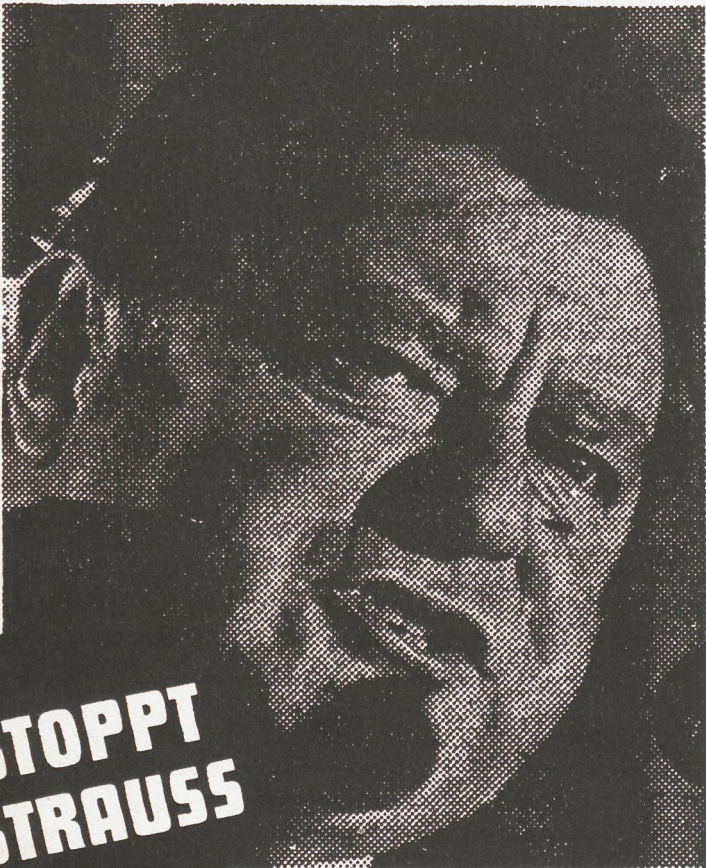
ANTI-STRAUSS-KOMITEE

Bestellungen bitte an:

Heinz Jacobi
Martin-Greif-Str.3
8000 München 2

Preis: DM 4.-

DOKUMENTATION



**STOPPT
STRAUSS**

So verkündet Habsburg, Bayern sei nun wieder zur "Ostmark Europas" geworden (Ostmark nannten die Nazis "Österreich") Zitiert nach PDI-Hintergrunddienst.

Auf dem Katholikentag in Freiburg im September 78 rief Habsburg zur Entscheidungsschlacht um ein "Großeuropa" auf: "Wir sind nicht bereit, unseren Boden, unsere Heiligtümer, unser Erbe den Heiden zu überlassen" (Neue Kommuntare 10/78). Der Kaisersprößling von Habsburg-Lothringen kann sich nicht damit abfinden, daß der Besitz verloren ist, er fordert gemeinsam mit den Verlierern des 2. Weltkrieges Revanche. Aggressiv ist Habsburg nicht nur gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn.

Zum Thema UNO stellte Habsburg fest, jeder Europäer solle wissen, "wie unser Kontinent gegenüber den primitivsten Völkern untervertreten ist. Wie im Fall Rhodesien sind wir masochistisch bereit, Europas Freunde zu zerstören, um anti-europäischen Alphabeten, Gewaltherrschern und Menschenfressern zu gehorchen, die in New York das Gesetz vorschreiben." (SZ 13.3.79)

Mit diesem Hetzer geht die CSU massiv hausieren. "In Bayern gilt Habsburg von der Häufigkeit seiner Reden her und der Höhe seiner Besucherzahlen im Bereich der CSU als zweiterfolgreichster Redner hinter Strauß" (die CSU-nahe 'Privatdepesche', zitiert nach PDI-Hintergrunddienst 1.12.78). Die CSU feiert Habsburg bei diesen Anlässen als 'Kaiserliche Hoheit', obwohl es Habsburg in der BRD durch Gerichtsurteil verboten ist, seine ehemaligen Titel zu führen. Die CSU-nahe, rechtsklerikale "Bilderpost", zu deren Mitarbeitern prominente CSU-Politiker zählen, schlug in ihrer Ausgabe vom 2. Juli 78 sogar vor, Habsburg solle der nächste Bundespräsident werden. Diese Provokation, daß zum zweiten Mal in Deutschland ein Österreicher "Karriere" machen sollte, wurde wohl deshalb nicht ausgeführt, weil im eigenen Land schon ein Kandidat mit glänzenden, faschistischen Bewerbungsunterlagen gefunden wurde.

Habsburg jedenfalls erfüllt bestens seine Aufgaben für die CSU! Als außenpolitischer Berater der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung berät er faschistische Machthaber von Chile bis Rhodesien.

Fortsetzung Seite 4

EDITORIAL:

Nach außen bieten CDU und CSU ein Bild der Uneinigkeit und Perspektivlosigkeit. Man scheint sich weder auf Personen noch auf Programme einigen zu können - dabei hat man sich längst geeinigt und ist mit Erfolg dabei, die Strategie umzusetzen. Das Ziel ist die Machtergreifung in der BRD und in Europa durch das Rechtskartell unter Einschluß der Faschisten oder - wie es der Motor dieser Bewegung, F. J. Strauß auf dem 'Europa-Kongreß' seiner CSU in Nürnberg formulierte, die Herstellung eines "Ordnungssystems der sozialen Marktwirtschaft". Die Hauptpunkte der Strategie zur Erreichung dieser Ziele sind:

- die Einschränkung demokratischer Rechte,
 - die Rehabilitierung der Faschisten,
 - die politische und ökonomische Formierung eines revanchistischen, reaktionären, kapitalistischen Europa.
- Die Schritte auf diesem Weg sind vielfältig - sie werden in den einzelnen Artikeln dieses DID ausführlich dokumentiert. Für den Abbau demokratischer Rechte ist in der 30 Jahren, in denen die BRD ein Grundgesetz hat, schon viel getan worden. Strauß geht es nun darum, auch noch die letzten Rechte wie z. B. das Streikrecht zu beseitigen; nach Europa sollen über die Tribüne des europäischen Parlaments die bundesdeutschen Errungenschaften exportiert werden. Gesichert werden soll der Abbau demokratischer Rechte durch einen Bundespräsidenten Carstens, dessen faschistische Vergangenheit und Fähigkeit, die Unwahrheit zu sagen, neben seiner Gefolgschaftstreue zu Strauß die Gewähr gibt, daß er - im Gegensatz zu Heinemann, dem früheren Bundespräsidenten - die Beseitigung der Demokratie aktiv unterstützt. Carstens, das ehemalige Mitglied der NSDAP, wird auch ausdrücklich trotz seiner Vergangenheit gewählt - und

weder SPD noch FDP stellen einen Gegenkandidaten auf. Werden die Nazis schon dadurch rehabilitiert, daß man einen ihrer Ehemaligen zum Bundespräsidenten macht, so soll die Verjährung gewährleisten, daß man keinen von ihnen mehr 'Mörder' nennen kann - und wieder drücken sich (mit wenigen Ausnahmen) SPD und FDP, indem sie Völkermord und Mord gleichsetzen und ihren Beitrag zur Verniedlichung des Faschismus leisten.

Die politische Offenheit in Europa übernimmt, nachdem sich das BRD-Kapital bereits durchgesetzt hat, die fünfte Kolonne der CSU, die Paneuropa-Union mit Otto Habsburg an der Spitze. Dieser CSU-Kandidat auf der Liste zu den Europa-Wahlen propagiert den Marsch nach Osten, die Diktatur seines Herrn F. J. Strauß und den altbekannten, bornierten Antikommunismus. Das Europäische Parlament wird die Bühne, auf der die Reaktion ihre Pläne für eine schwarz-braune Zukunft verkündet.

Was die Demokraten dem entgegensetzen können, das will dieser DID beantworten, dazu will er Argumente und Tatsachenmaterial liefern.....

IN DIESER NUMMER:

Seite 5-7 : Das Großdeutsche Reich als Europaidee-zur Strategie von Strauß in der Europawahl

Seite 9-12: Berichte vom Kampf um die Nichtverjährung von NS-Verbrechen

Seite 14-22: 30 Jahre Grundgesetz - 30 Jahre Abbau demokratischer Rechte - Analysen zur Verfassungswirklichkeit in der BRD

Fortsetzung von Seite 2:

Die CSU weiß dies zu schätzen. In ihrer "Privat-Depesche" lobt sie: ".... und ... Habsburg bringt in seine rastlose politische Tätigkeit ... vielfältige Beziehungen und ein großes persönliches Ansehen ein. Er kennt rund um die Erde alle politisch wichtigen Männer und hat überallhin sehr enge Kontakte." (zit. nach PDI-Hintergrunddienst 1.12.78)

So betreibt F. J. Strauß international das gleiche Spiel wie national: "Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein!" Habsburg sieht sich selbst gern in diesem Licht. In einem Interview mit dem Münchner Merkur: "Sie versuchen offenbar mit der PAN-Europa-Union, deren Präsident Sie sind, die konservativen Kräfte zu mobilisieren. Glauben Sie, daß Sie damit Schichten erreichen können, die Parteien wie die CDU/CSU nicht erreichen können?" "Zweifelsohne, zweifelsohne. Denn es gibt ja eine Menge von Kräften, die außerhalb der Parteien stehen, und die man mit nicht direkt parteigebundenen Veranstaltungen bzw. Organisationen ansprechen kann." (PDI 15.11.78) Und in einem Interview mit der Goslarschen Zeitung: "Haben Sie die Absicht auch Mitglied der CSU zu werden?" "Eigentlich nicht. Ich glaube, daß ich der Partei und ihren Zielen von außerhalb mehr nutzen kann." (Goslarsche Zeitung 9.2.79)

Die Freunde von Strauß, z. B. Pinochet die Helfer von Strauß, z. B. Habsburg (zuletzt von SPD-Chef Rothemund als Faschist bezeichnet) werden in aller Welt offen als Faschisten erkannt. Strauß selbst hat es längst verdient, daß auch über ihn öffentlich geurteilt wird.

Als Habsburg vom Spiegel 8/79 vorgehalten wurde, für seine europäischen "Ordnungsvorstellungen" könne er eigentlich nur Unterstützung bei den Faschisten finden" antwortete Habsburg "Franz Josef Strauß sagt doch das Gleiche und den können Sie doch nicht als Faschisten bezeichnen."

Je schneller wir das tun, umso eher können wir den Siegeszug von Strauß stoppen! ■



«Geld vom Staat für PAN-Europa-Union»

München - Für eine Großveranstaltung der erzkonservativen PAN-Europa-Union am 12. Mai soll das bayerische Kultusministerium einen Zuschuß von 20 000 M zugesagt haben, weil dort auch Laienmusikgruppen auftreten. Der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer fordert darüber jetzt Aufklärung von der Staatsregierung. Weil es sich um eine rein parteipolitische Veranstaltung der Habsburg-Vereinigung handle, seien Staatszuschüsse unzulässig. (AZ 31.3.79)

Das Großdeutsche Reich als Europa-Idee

Vom 7. bis 10. Juni 1979 finden die ersten Direkt-Wahlen zu einem europäischen Parlament statt. Seit Wochen werden wir durch Plakate, Anzeigen, Fernsehsendungen usw. 'motiviert', an dieser Wahl teilzunehmen und unsere Stimme abzugeben. Was dieses europäische Parlament eigentlich ist, wissen aber nur sehr wenige. Dieses Parlament besteht schon recht lange und hat keine anderen Rechte als die, dem europäischen Ministerrat Empfehlungen zu geben. Es hat also mehr oder minder die gleiche Funktion wie der ehemalige deutsche Reichstag, der dem Kanzler, der vom Kaiser bestimmt wurde, Empfehlungen geben konnte, an die der Kanzler aber nicht gebunden war und sich auch nicht gebunden fühlte. Das neue, zu wählende, europäische Parlament wird auch nicht mehr Rechte haben, es unter-

scheidet sich vom alten nur darin, daß seine Mitglieder nun nicht mehr von den Parteien der einzelnen Mitgliedsstaaten entsandt, sondern von der Bevölkerung des jeweiligen Staates direkt gewählt werden.

Wer nun aus der Tatsache, daß das europäische Parlament gegenüber den nationalen Regierungen machtlos ist, die Konsequenz ableitet, nicht zur Wahl zu gehen, sieht nur eine Seite. Es gibt eine andere Seite, die das europäische Parlament gerade für die Rechten und die Faschisten sehr interessant macht, nämlich die Möglichkeit, in diesem Parlament, quasi auf europäischer Bühne, die eigenen reaktionären Vorstellungen und Ideologien an die europäische Öffentlichkeit zu bringen. Das europäische Parlament gibt einem F. J. Strauß, dem bereits designierten Nachrückkandidaten der CSU für Alfons Goppel, die Kanzel, um für ein Europa nach dem Modell Chiles zu werben, es gibt die Möglichkeit, die schon begonnene Zusammenarbeit von Faschisten und Rechtsparteien zu intensivieren und es gibt die Möglichkeit, die Pläne zum Abbau demokratischer Rechte unter dem Alibi der Vereinheitlichung von Rechtsordnungen lauthals zu unterstützen - schon jetzt gibt es Pläne für ein gesamteuropäisches Berufsverbot.



CSU-Politiker Goppel, Strauß: Traumpaar für Europa?

Aber es ist nicht nur die Chance, ein größeres Publikum für reaktionäre Ideen zu gewinnen, welche die Europawahlen für die Rechten so bedeutsam machen, es lockt auch die Chance, mit einem vereinten Europa gegen Osten marschieren zu können, die Welt oder doch zumindest Europa vom 'Joch des Kommunismus' zu befreien.

Auch das Kapital kommt auf seine Kosten, und die Konzerne - sowieso die einzigen Nutznießer der EG - können sich ungehindert von Landesgrenzen entfalten. Im Klartext heißt die Forderung

dieser Gruppe: Schaffung einer kapitalistischen, militärisch militanten Diktatur in Gesamt-Europa. Und auf dem Weg zu diesem Ziel ist das europäische Parlament ein notwendiges und willkommenes Durchgangsstadium. Diese Herren sind auch keineswegs von Zweifeln geplagt, ob sie ihr Ziel tatsächlich erreichen werden, denn sie können darauf verweisen, daß die wichtigsten Schritte, die bislang für eine europäische Einigung getan wurden, in ihrer Richtung liefen. Die Montanunion stärkte die Kohle- und Stahlkonzerne, die Verteidigungsbündnisse vereinheitlichten die Grundlage für eine riesige Rüstungsindustrie einschließlich atomarer Bewaffnung, die Zollunion erleichterte dem Kapital die Verlagerung von Produktionsstätten in rentablere Gebiete - d. h. solche, wo den Arbeitern weniger Lohn gezahlt werden muß -, sie schützt vor außereuropäischen Konkurrenten und unterstützt die Entwicklung von europäischen Monopolkonzernen (z. B. Siemens, Shell, Philips, Airbus ...). Den gleichen Zwecken dient die neue Währungsschlange, und daß die Subventions-Politik keineswegs den Schwachen hilft, sondern lediglich die Markt-Konzentration (das Modewort, das nichts anderes bedeutet als 'Der Große frißt den Kleinen') beschleunigt, bestreitet heute niemand mehr.



Otto von Habsburg

Geistiger und propagandistischer Vorreiter dieses angestrebten Europas ist die Paneuropa-Union, ein Verein, den es seit 1922 und in nahezu allen westeuropäischen Staaten gibt. Im Jahre 1922 gründete Richard Graf Coudenhove -

Kalergi diese Paneuropa-Union. Ihr Ziel war von Anfang an, unter dem Deckmantel der Rettung der christlich-abendländischen Kultur in ganz Europa die politische Restauration und die kapitalistische Ausbeutung einzuführen. Deshalb forderte die Union die Öffnung der Grenzen und berief sich auf die Unterdrücker der europäischen Vergangenheit, die Kaiser des 'Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation'. Sie fand auch in den zwanziger Jahren Zulauf bei den Bütteln des Kapitals: Konrad Adenauer, Gustav Stresemann und Aristide Briand traten ihr bei. Während des Faschismus wurde es ruhig um die Europaidee, aber als nach dessen Zerschlagung die Reaktion Europa wiederzuentdecken begann, war auch der Graf Coudenhove-Kalergi mit seiner Europa-Union wieder zur Stelle. Die Union blühte damals aber mehr im Verborgenen, Graf Coudenhove-Kalergi klüngelte direkt mit den Staatsmännern und Kapital-Fürsten, das Volk bekam nicht viel mit. Das änderte sich erst, als der Graf 1973 starb. "Da entschloß sich der neue Paneuropa-Präsident, Dr. Otto Habsburg, die Paneuropa-Union zur Massenbewegung umzugestalten. In allen Ländern begann eine intensive Basisarbeit." (Dieses und die folgenden Zitate sind Originalzitate aus den Propagandaschriften der Paneuropa-Union). Aber er ließ es nicht bei der Propagandaarbeit bewenden, er gab der Union auch "einen neuen Auftrag im Sinne ihres Gründers: Die Freiheit dieses Kontinents gilt es gegen Totalitarismus zu verteidigen." Und er ließ keinen Zweifel an der militanten Entschlußkraft der Paneuropa-Union: "Jetzt ist keine Zeit mehr für Opportunisten, jetzt ist die Stunde derjenigen, die bereit sind anzupacken, die entschlossen sind, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Die Paneuropa-Union hat sich nie in feige und faule Neutralität geflüchtet, sie verurteilt jede Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien. Ihr europäisches Konzept ist unvereinbar mit dem Kommunismus. Wir werden überall dort zu finden sein, wo die Auseinandersetzung am schärfsten ist."

Man hört aus diesen Worten des verhin-derten Kaisers von Österreich - den

die Österreicher nicht mehr geschenkt haben wollen - die Stimme seines Herrn Franz Josef Strauß. Und Strauß, dem jede neue, willfähige Marionette nur recht sein kann, hat sich auch erkenntlich gezeigt. Er hat dem Herrn Habsburg den Platz 3 auf der Landesliste der CSU für die Europawahl verschafft. Habsburg hat seine Bühne und Strauß sein Sprachrohr. Aber auch Habsburg ließ sich nicht lumpen, er forderte für seinen Herrn die Einführung der zeitlich begrenzten Diktatur zur Rettung der Demokratie, getreu der Tradition seines Landsmanns aus Braunau, der dasselbe gefordert und erhalten hat. An den Folgen leidet die Welt heute noch. Und wie Hitler von seinen deutschen Gönnern, erhielt auch Habsburg im Eilverfahren die deutsche Staatsbürgerschaft, er, um als Kandidat der CSU ins europäische Parlament einziehen zu können.

Die europäischen Vorstellungen der Paneuropa-Union sind eindeutig:

- Die "Völker jenseits des eisernen Vorhangs" ausgenommen die Sowjetvölker, sollen in ein Paneuropa einbezogen werden. Und solange dies noch nicht auf militärischem Wege gehen kann, symbolisch durch "Freilassen von Sitzen im Europa-Parlament als Zeichen der Solidarität mit den Ostblockvölkern."

- Die "Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte" - wohl ausschließlich für die Kapitaleigner - wird angestrebt, denn "dazu bedarf es der rechtsstaatlichen Ordnung und des marktwirtschaftlichen Prinzips."

- Um allen Völkern nun wirklich die paneuropäische Freiheit zu bringen, braucht man dringend die "Standardisierung der NATO-Waffensysteme, gemeinsame, europäische Waffenentwicklungen."

- Und der Abbau der demokratischen Rechte sowie die Verbreitung der eigenen Ideologie werden gewährleistet durch ein europäisches Recht und die "Angleichung der Studienpläne, Schulabschlüsse und Diplome" und durch "europäisch orientierte Schulbücher."

Der Kaisersohn Habsburg hat auch schon eine Hauptstadt für sein und das Europa seines Herrn: Prag. Hier residierte sein Vorfahre, Karl IV., der allerdings noch ein richtiger Kaiser war. Er machte Prag zur Hauptstadt, weil er - wie sein 'großer' Nachfahre, Otto Habsburg, schon im

14. Jahrhundert erkannte: "Man kann den deutschen Raum nicht vom slawischen oder lateinischen trennen; sie alle gehen von Natur aus ineinander über." Wie wertvoll dieser neue Ostlandritter ist, hat nicht nur Franz Josef Strauß erkannt; die Jugendorganisation der Paneuropa-Union brüstet sich auf ihrer Bundesversammlung im Oktober 1978, Grußtelegramme von Alfred Dregger und Carstens bekommen zu haben, von jenem Carstens, den Strauß gerade wegen oder trotz seiner Geheimdienstaffäre und seiner braunen Vergangenheit zum neuen Bundespräsidenten erkoren hat.

Setzt man all diese Informationen zusammen, so ergibt sich ein klares Bild. Hier wird eine politische Kraft geformt die die alte Idee vom großdeutschen Reich, getarnt als 'Europaidee' wieder auferstehen läßt. Die Auftraggeber des F. J. Strauß, das aggressive Finanzkapital, versuchen den gleichen Weg wie schon einmal zu beschreiten: Wirtschaftliche und politische Beherrschung von Westeuropa und Aufrollen des Ostens.

In diesem Ziel trifft sich die 'konservative' Paneuropa-Union mit den deutschen Faschisten, die sich ebenfalls zur Europawahl stellen und so konsequent sind, daß sie eine KZ-Aufseherin aus Maidanek als Kandidatin aufgestellt haben. Im Maidanek-Prozeß, der nun schon seit Jahren läuft, ist diese Frau eine der Haupt-Angeklagten.

Diese Kräfte, ihre Ziele und Pläne allein schon machen die Europawahl wichtig. Aber es geht nicht nur darum, das weitere Erstarken der Faschisten und ihrer Helfer zu verhindern. Im europäischen Parlament werden auch Demokraten sitzen und auch diese werden ein Forum erhalten, auch diese werden Einflüsse auf die Parteien in benachbarten Ländern ausüben. Die SPD und die bei ihr kandidierende Gewerkschaftsspitze wurde von den befreundeten Parteien anderer europäischer Länder immerhin schon dahin gebracht, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den politischen Zielkatalog aufzunehmen, eine Forderung, die bei nationalen Wahlkämpfen in der BRD von Seiten der SPD noch nicht laut geworden ist. Das europäische Parlament kann auch ein Forum werden, vor dem der Abbau demokratischer Rechte in der BRD öffentlich gemacht wird und vielleicht trägt das mit zur Verhinderung dieses Abbaus bei. ■

Der Vorsitzende der PAN - Europa - Union ein Hitler-Gegner?

Die CSU versucht z. Zt. Habsburg als Hitler-Gegner zu verkaufen. Sie hat sogar eine Dokumentation dazu geschrieben: "Habsburg contra Hitler".

Diese Gegnerschaft war in Wirklichkeit nur eine Rivalität zwischen Konkurrenten. Daß ein Mann, der heute Präsident der PAN-Europa-Union ist, niemals ein Hitler-Gegner gewesen sein kann, bewiesen und beweisen die Geschäfte der PAN-Europa-Union und ihrer Financiers, beweist die Geschichte der PAN-Europa-Union. Niemals war diese Bewegung eine "Friedensbewegung", wie es uns in den Werbeprospekten weisgemacht wird.

Der Gründer der PAN-Europa-Bewegung, Graf Coudenhove-Kalergi, begründete die Europa-Bewegung 1922 mit einem offenen Brief an den eben zur Macht gelangten Mussolini, indem er an ihn die Forderung richtete: "Retten Sie Europa. Kalergi fand schnell allseitige Unterstützung von der europäischen Hochfinanz. Selber schrieb er: "Anfang 1924 erhielten wir einen Aufruf von Baron Louis Rothschild; einer seiner Freunde, Max Warburg aus Hamburg, hatte mein Buch gelesen und wollte uns kennenlernen. Zu meinem Erstaunen bot mir Warburg spontan 60 000 Goldmark an zur Ankurbelung der Bewegung während

der ersten drei Jahre." (Coudenhove-Kalergi, Kampf um Europa, Zürich 1949)

Der Graf berichtete weiter, daß solche Spitzen der Berliner Hochfinanz wie Arthur von Gwinner von der Deutschen Bank und Hans Fürstenberg von der Berliner Handelsgesellschaft Schatzmeister der deutschen PAN-Europa Gruppe waren. Überhaupt stellte sich heraus, daß die Reichsten der Reichen die "Europa-Bewegung" zu ihrem Steckenpferd machten und in ihr ein ausgezeichnetes Werkzeug zur Durchsetzung ihrer Pläne sahen. So konstituierte sich schnell ein deutsches PAN-Europa-Wirtschaftskomitee, dem die Creme des deutschen Finanzkapitals angehörte wie Duisberg vom IG-Farben-Trust und Bosch, der Kohlenmagnat Silberberg und Hermann Bücher von der AEG, Albert Vögler und Ernst Poensgen vom Stahl-Trust, die Großbankiers Gutmann, Melchior und von Strauß (dessen pan-europäische Begeisterung vertrat sich glänzend mit seiner Vorliebe für Hitler), die Herren der Seidenindustrie Gütermann und Lange usw.. Mit begrüßenswerter Offenheit plaudert Coudenhove aus: "Für die Finanzierung der PAN-Europa-Bewegung war dieses Interesse der Wirtschaftsführer von entscheidender Bedeutung. Unter dem Vorsitz des Stuttgarter Industriellen Robert Bosch kam damals die internationale PAN-Europa-Förderungsgesellschaft mit dem Sitz in Zürich zustande."

(Zitiert nach Albert Norden)



Himmler (Mitte) mit Repräsentanten der deutschen Industrie im KZ Mauthausen.



Strauß läßt rufen

nach dem starken Mann

Strauß ist einen Schritt weitergekommen: Kohl ist als Kanzlerkandidat der Union in Frage gestellt worden. Dies ist das Ergebnis der eifrigen Intrigen von Strauß und seinen Ergebenen gegen Kohl. Angefangen hat es mit der Kritik an den "Führungsqualitäten" Kohl's, letzter Höhepunkt waren die empfindlichen Abstimmungsschlägen, die Kohl auf dem Parteitag der CDU hinnehmen mußte.

Dementsprechend empfehlen CSU-nahe Publikationen in verstärktem Maße Strauß als Kanzlerkandidaten. So schreibt die 'Privat-Depesche': "Die Chancen des CSU-Chefs steigen, 1980 Kanzlerkandidat der Unionsparteien zu werden! An der Basis von CDU und CSU wird der Ruf immer lauter: Der Strauß muß her! Die Zweifel an Helmut Kohl steigen, seit immer mehr Parteimitglieder die Schwäche Kohl's erkennen." In einem Spezialbericht heißt es u. a.: "Die immer offener zutage tretende Krise der Union treibt jetzt schnell der Entscheidung zu. Entgegen den zahlreichen karrieristischen Planspielen setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß die Union trotz vieler Talente als Alternative zu Kohl nur ein einziges, überragendes, politisches Schwergewicht hat: F. J. Strauß."

Ein Teilnehmer des Mainzer "Fünfer-Treffens" (CDU-Ministerpräsidenten) sagte im kleinen Kreis, es habe bei der Lageeinschätzung 'im Grunde' Übereinstimmung darüber geherrscht, daß auch Strauß Kanzlerkandidat bei den Bundestagswahlen 1980 werden könne....

Der Meinungsbildungsprozeß bei den Spitzenpolitikern der Union ist schon über den Parteauftrag an Kohl zur Straffung der Fraktionsführung hinaus. Die Berufung eines 'geschäftsführenden Fraktionsvorstandes' (mit 19 Personen) kann nicht mehr viel bringen angesichts der Tatsache, daß die Unzufriedenheit mit Kohl immer weiter wächst".

(Zitiert nach PDI-Hintergrunddienst 1.3.79)

Im Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft "Sudetendeutsche Zeitung" vom 9.2.79 heißt es: "Die Zeit ist reif für eine Kandidatur Strauß". Es gebe eine ganze Reihe Gründe, so wird in dem Kommentar erklärt, die auch die 'Strauß-Gegner' in der Union dazu bringen werden, seiner Kandidatur zuzustimmen:

- Die "Auseinandersetzung der politischen Giganten Schmidt und Strauß" könnte bewirken, daß die "FDP auf der Strecke bleibt."
 - Allein Strauß verfüge "über die politische Potenz, die Kanzler Schmidt wirklich gefährlich sein kann."
- (Zitiert nach 'Neue Kommentare' 3/79)
(Strauß ist übrigens kraft seines Amtes als bayer. Ministerpräsident 'Chef' der Sudetendeutschen Landsmannschaft). ■



Für ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Nazi-Verbrechen!

WIR BEFRAGTEN UTE SCHILDE ...

Die Erklärung "Für ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Nazi-verbrechen", die im Februar in der Frankfurter Rundschau erschienen ist, und dann von mehreren Zeitungen, so auch vom DID abgedruckt worden ist, wurde von Ute Schilde herausgegeben. Wir fragten Frau Schilde, welche Resonanz diese Erklärung in der Öffentlichkeit gefunden hat. Wir erhielten folgende interessante Informationen:

Schon über 2000 Unterschriften

Gleich nach Erscheinen der Anzeige sammelten viele Gegner der Verjährung von Naziverbrechen in ihrer Umgebung (am Arbeitsplatz, in der Schule oder Universität, in ihrer Gewerkschaft oder in anderen Organisationen und Arbeitskreisen) Unterschriften, und schickten diese sehr zahlreich Ute Schilde zu. Auch hunderte von Briefen, Stellungnahmen und Unterschriften von Einzelnen wurden ihr zugeschickt. Dabei überwiegen nicht etwa die Zuschriften von Schülern und Studenten, wie dies heute noch häufig der Fall ist bei derartigen Aktionen, sondern im Gegenteil stammen die meisten Unterschriften und befürwortenden Stellungnahmen von Werktätigen und Arbeitern, Rentnern und Gewerkschaftern.

Es kamen Unterschriften von ehemalig Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpfern, Pfarrern, Professoren, Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden. Auch unterschrieben Angehörige der verschiedensten demokratischen Organisationen, sodaß auf Grundlage der Anzeige eine Einheit von Sozialdemokraten, Christen, Humanisten und Kommunisten erzielt werden konnte. Neben sehr vielen SPD-Mit-

gliedern und Gewerkschaftern unterschrieb auch ein Mitglied der CSU. Stellvertretend für ihre Organisation unterschrieben z.B. der VDS-Vorstand (Vereinigte Deutsche Studentenschaft), der Kreisvorstand der VVN in Goslar, ein Juso-Unterbezirk, sowie der Vorstand des BDP/BDJ (Landesverband Bayern).

Zustimmung zum Inhalt

Bei den Stellungnahmen zum Inhalt der Anzeige wurde immer wieder betont, daß insbesondere die klare Ablehnung der "Mord = Mord"-Argumentation sehr begrüßt wird und für sehr vorwärtstreibend für die Verjährungsdiskussion auch unter den Demokraten gehalten wird. Ebenso wird immer wieder der Forderung nach Beitritt zur Uno-Konvention zugestimmt. Auch die Art der Veröffentlichung als Anzeige in einer großen bürgerlichen Zeitung wird begrüßt und durch zahlreiche spontane Spenden unterstützt. Viele Gegner der Verjährung von Naziverbrechen schrieben Ute Schilde auch darüber, wie sie mit der Anzeige praktisch kämpfen konnten. So z.B. eine Schülerin, die sie im Geschichtsunterricht eingebracht hat oder ein antifaschistischer Arbeitskreis, der auf Grundlage der Argumentation in der Anzeige seine Aktivitäten am Ort geplant hat...

Die weitere Verbreitung wird aktiv unterstützt

Die gezielte Unterschriftensammlung mit dem dazu herausgegebenen Faltblatt wird von sehr vielen Unterzeichnern weiter unterstützt. Auch fordern viele das von Ute Schilde herausgegebene Plakat zu dieser Kampagne an, um es verbreiten zu können.

In mehreren demokratischen und anti-faschistischen Zeitungen wurde die Anzeige inzwischen abgedruckt, sowie im redaktionellen Teil erwähnt und behandelt (so auch in Gewerkschaftszeitungen).

Immernoch gehen Spenden zur Finanzierung der Anzeige und der Faltblätter und Plakate ein.

Verhelfen auch Sie der Anzeigen-Kampagne zu weiterem Erfolg:

Fordern Sie die Unterschriftenvordrucke an - Spenden Sie für die Abdeckung der Restschulden für die Anzeige!

Ute Schilde, Dänzergasse 8
8400 Regensburg

Konto: Postscheck Nürnberg
231 252 - 850 Ute Schilde
Kennwort "Verjährung"



Nächster Stammtisch des Anti-Strauß Komitee München am Montag den 7.5. um 20 Uhr in der Gaststätte "Stadt Salzburg" Sedanstr./Ecke Steinstr.
Thema: 30 Jahre Grundgesetz - 30 Jahre Abbau demokratischer Rechte. Es ist jederman herzlich eingeladen!

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement
☐ ein Förderabonnement
(DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:

Heinz Jacobi
Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**
Vormittagsgespräch mit Anti-Strauß-Komitee

30

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8,-
Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag

An alle DID-Bezieher: Bitte bei Wohnungswechsel neue Adresse angeben!

In der Debatte:

Nur NS-Verbrechen dürfen nicht verjähren

In der letzten Nummer vom DID hatten wir die Erklärung "Für ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Nazi-verbrechen" abgedruckt, die unterzeichnet von bekannten demokratischen Persönlichkeiten - als Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" erschienen war (Siehe auch Interview mit Ute Schilde). Inzwischen zeichnen sich die Fronten in der Debatte zur Verjährung klarer ab.

Am 29.3.79 fand die erste Beratung über die "Unverjährbarkeit von Völkermord und Mord" im Bundestag statt. Während Demokraten im In- und Ausland forderten, daß Nazi-verbrechen nicht verjähren dürfen, brachten es die Parlamentarier fertig, fast durchwegs über die Nichtverjährung von Mord allgemein zu reden. Dabei wurde auch deutlich, wohin der Vorschlag von Wehner (generell Nichtverjährung von Mord) führt: Der berüchtigte Kopf-ab-Jäger von der CSU stimmte für diesen Vorschlag und SPD-Mitglied Emmerich führte aus: "Die Behauptung, die generelle Aufhebung der Verjährung für Mord werde von uns nur angestrebt, um die Nichtverjährung der sogenannten NS-Morde zu erreichen, ist eine ungerechtfertigte und wie ich meine nicht faire Unterstellung." (Soweit nicht extra gekennzeichnet stammen die folgenden Zitate aus: Information der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion). Nur wenige Parlamentarier haben zu dieser Frage eine Stellungnahme im Sinne der Demokraten und Antifaschisten im In- und Ausland angegeben. Der Verharmlosung der Nazi-Verbrechen durch die Mord ist gleich Mord-Argumentation von Wehner trat Maihofer (FDP) entgegen:

"... über Mord wächst eben irgendwann mal Gras, und zwar schon in einer Generation im Regelfall, aber über Auschwitz wächst eben kein Gras. Und noch nicht mal in 100 Generationen! Und diesen Unterschied einzuebnen, einfach wenn man nur hier plötzlich in eine völlig verfehlte Begründung verfällt, Mord ist Mord, und zu glauben, das sei hier die Frage, das ist ein Irrweg, der uns alle ins Abseits führen wird." (Zitiert nach PDI Hintergrunddienst)

Ernst Waltemathe von der SPD zeigte auf, daß die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen ebenso auf eine Rehabilitierung des Faschismus hinauslaufe wie die Kandidatur des NSDAP-Mitglieds Karl Carstens für das Amt des Bundespräsidenten: "... Es bleibt unbefriedigend, daß die geistigen Wegbereiter der nationalsozialistischen Endlösungs- und Verbrechenspolitik mit strafrechtlichen Mitteln offensichtlich nicht faßbar sind... Und es bleibt ein finsternes Kapitel unseres Staates, daß wir



NS-Prozesse 1978: „Da dieser Richter weder in der NSDAP, noch in der SS, noch in der SA war, muß ich ihn als befangen ablehnen.“

Zeichnung: Chmura

Zur Diskussion:

Entwurf Orientierungs- und Aktionsprogramm



Die VVN-BdA hat 1979 einen neuen Entwurf eines Orientierungs- und Aktionsprogramms vorgelegt und den Antifaschisten in Westdeutschland zur Diskussion gestellt.

Am 25. Mai soll es verabschiedet werden.

Wir haben im ASK über diesen Entwurf diskutiert und ihn mit den früheren Programmen der VVN-BdA von 1971 und 1973 verglichen. Auf zwei Gesichtspunkte haben wir ein besonderes Augenmerk gelegt, nämlich:

1. Nennt der neue Entwurf unmißverständlich den Gegner und ermöglicht er es dadurch den Menschen, die nie wieder Faschismus und Krieg wollen, Klarheit zu gewinnen darüber, wen sie vor sich haben und von wem die Gefahr eines neuen Faschismus ausgeht?

1971 hatte dies die VVN noch so beantwortet, indem sie einerseits das Rechtskartell benannte, dessen "Kern"- und "Hauptexponent" der aggressiven und rechtsextremen Politik die CSU unter Führung von F. J. Strauß gemeinsam mit den reaktionären Kräften der CDU ist, und andererseits die "eigentlichen Träger und treibenden Kräfte dieser Entwicklung", nämlich "Teile der Wirtschaftsgewaltigen", die dann auch z. T. namentlich genannt werden. Konsequenterweise ergibt sich daraus die Verpflichtung der Antifaschisten einen neuerlichen Faschismus zu verhindern und es nicht zuzulassen, daß "von deutschem Boden noch einmal der Krieg ausgeht".

Auch im Programm von 1973 wird dieser Sachverhalt eindeutig benannt:

... (es) "hat sich gezeigt, daß die Beherrscher der Monopole, Konzerne und Banken sowie die Exponenten des Großgrundbesitzes heute wie zur Zeit der Weimarer Republik mit politischen und finanziellen Mitteln alles unterstützen, was reaktionär oder gar faschistisch ist. Das ist umso besorgniserregender, weil diese Kreise, die 1933 Hitler an die Macht brachten, heute in der Bundesrepublik noch über weitaus mehr ökonomische Macht verfügen, als damals in der Weimarer Republik ... Alle geschichtlichen Erfahrungen bestätigen, daß die Kapitalkonzentration in immer weniger Händen die permanente Tendenz zur politischen Entwicklung nach rechts zu autoritären und faschistischen Herrschaftsformen, wesenseigen ist... Es ist auch nicht so, daß faschistische Herrschaft sich nur installieren läßt, wenn eine faschistische Massenbewegung vorhanden ist. In der Bundesrepublik wurden die sozioökonomischen Wurzeln des Faschismus, d. h. seine Haupttriebskräfte, bis heute nicht angetastet."

Der neue Entwurf beschränkt sich darauf, eine klare Aussage für die Vergangenheit zu machen, leitet jedoch nicht mehr eindeutig ab, von wem die faschistische Gefahr heute, - also für die Gegenwart - ausgeht. Stattdessen wird der "Abbau der im Grundgesetz garantierten Rechte" festgestellt.

Und das ist mindestens schon in einer Hinsicht politisch verantwortungslos und gefährlich:

weil gerade junge Menschen völlig im Unklaren gelassen werden darü-

ber, von wem die Gefahr eines neuen Faschismus ausgeht.

Empört über die Gesetzesänderungen und Verschärfungen durch die Regierung und wachgerüttelt vom Abbau demokratischer Rechte richten sie ihren Protest und damit den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie, anstatt zusammen mit den Sozialdemokraten gegen Strauß, gegen die Nutznießer dieser Entwicklung, die den Abbau ja betreiben lassen, die Reihen zu schließen.

Wirklich falsch wird der Entwurf an der Stelle, wenn es heißt:

"Die Neonazis sind die brutalsten Feinde jeder demokratischen Ordnung, die schlimmsten Gegner der Völkerverständigung und des Friedens, die Vorreiter der Rechtsentwicklung. Ihre rassistische, chauvinistische, entspannungs- und demokratiefeindliche Propaganda ermöglicht es anderen reaktionären Kräften, selber aggressiver aufzutreten, sich dabei aber zugleich als 'gemäßigte Mitte' darzustellen und den Vorwurf des Rechtsradikalismus von sich abzulenkten. Es besteht die Gefahr, daß bestimmte Kreise der Wirtschaft bereits wieder Neonazigruppen als mögliche Terrororganisationen gegen die demokratische Bewegung in ihr Kalkül einplanen."

Das heißt doch die Hilfstruppen des Strauß und seiner Auftraggeber zum Hauptfeind zu machen. Sind nicht die Wirtschaftskreise, die auch einst Hitler bezahlt, und nach '45 ihre alten Machtverhältnisse restauriert haben - sind nicht sie die brutalsten Feinde der Demokratie? Sind nicht ihre politischen Repräsentanten wie Strauß und Dregger wesentlich gefährlicher als Hoffmann und Rohwer (beides Neonaziführer)? Und ist es nicht eine Verharmlosung, wenn nur von der Gefahr gesprochen wird, daß bestimmte Kreise der Wirtschaft Leute wie Hoffmann usw. finanzieren? Es hieße die Wirklichkeit auf den Kopf stellen, die Neonazis für sich genommen und allein zur Hauptgefahr zu erklären und damit zum Hauptgegner der Antifaschisten zu erheben.

Wer Strauß und seine Auftraggeber nicht nennt und wer hier den Zusammenhang zwischen den offen auftretenden Neonazis und Strauß nicht herstellt, schafft nicht Klarheit,

sondern verdeckt die Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse. Man muß also die berechnete Frage an die VVN-BdA stellen:

Was hat sich seit 1971 grundlegend an der Einschätzung von Strauß und seiner CSU, als Führer, als "Hauptexponent des Rechtskartells", sowie der dahinterstehenden Banken und Konzerne geändert? Warum sollten die Antifaschisten plötzlich umdenken müssen oder einsehen, daß die früheren Aussagen falsch waren? Die Tatsachen sprechen doch dem entgegen: erst vor kurzem hat Strauß die aggressiven Ziele seiner Auftraggeber wieder deutlich formuliert, als er "Deutschland in den Grenzen von 1937" forderte. Hat also sich seit den Programmen von 1971 und 1973 entscheidendes im Kräfteverhältnis geändert, sodaß die 'Haupttriebskräfte' des Faschismus die 'Beherrscher der Monopole, Konzerne und Banken' heute weniger aggressiv sind?

2. Auch die Konsequenzen, die für den heutigen Kampf zu ziehen sind, sollte man unter dem Gesichtspunkt der antifaschistischen Erfahrungen betrachten.

1945 war für die Antifaschisten klar, daß aus dem Wissen über die Ursachen des Faschismus Konsequenzen gezogen werden müssen; daß das Nazikapital enteignet werden muß, daß die Großkonzerne zerschlagen werden müssen. So wurde es auch im Potsdamer Abkommen zwischen den USA, England und der UdSSR beschlossen: "In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden, übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen."

Daß die Bevölkerung dies ebenfalls forderte, zeigt die Abstimmung zu dem Art. 41 der Verfassung des Landes Hessen, der die Verstaatlichung der Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrie vorsah. 71,9 % stimmten in einer separaten Abstimmung dafür. Die Militärregierung der westlichen Alliierten verhinderte jedoch sein Inkrafttreten. Im Grundgesetz wurde die Enteignung bereits nur noch

als Möglichkeit vorgesehen, doch selbst im Ahlener Programm der CDU schlägt sich die Forderung der Bevölkerung nach Zerschlagung des Nazikapitals noch nieder.

Ist es demgegenüber nicht ein Rückschritt, ja ein Fehler, wenn die VVN-BdA heute bloß noch davon spricht, den "Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken" unmöglich machen zu wollen, und wenn ihre Forderung darin gipfelt :

"Antifaschistische Politik beinhaltet somit die Zurückdrängung des Einflusses der großen Konzerne und die demokratische Kontrolle ihrer wirtschaftlichen Macht."

Zum einen setzt der Begriff "Mißbrauch" voraus, daß die Konzerne ihre Macht auch zu 'unpolitischen' guten Zwecken gebrauchen könnten, was die geschichtliche Erfahrung, aber auch die aktuelle Erfahrung vieler Menschen (z.B. gerade erst während der Stahlarbeiterstreiks) - völlig widerlegt.

Das antifaschistische Ziel der Vernichtung des Nazikapitals wird völlig aufgegeben, die Ursache einer neuen faschistischen Gewaltherrschaft bleibt aber trotzdem bestehen. Die Hauptaufgabe des Potsdamer Abkommens wurde nicht erfüllt. Wird sie deswegen so unwichtig oder gar falsch, daß man sie aufgeben muß? Unsere Frage ist: Lassen sich im Kapitalismus Konzerne überhaupt demokratisch kontrollieren? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Bedeutet es nicht, über den Verzicht des Zieles, das Nazikapital zu vernichten hinaus, auch noch eine Revidierung der bislang unerfüllten Aufgabe, wenn man es jetzt nur noch kontrollieren will?

Ferner: ist demokratische Kontrolle und auch Mitbestimmung wirklich das einigende Ziel für alle Antifaschisten? Der Sozialdemokrat will mit Reformen den Kapitalismus ändern, der Kommunist will die Revolution, der bürgerliche Demokrat ist nicht gegen den Kapitalismus, aber dennoch gegen die Nazis, gegen einen neuen Faschismus! Was ist die programmatische Plattform, die alle verbindet?

Natürlich ist es eine schwerwiegende Frage, ob eine antifaschistische Organisation sich programmatisch

überhaupt so weitgehend festlegen sollte. Sie hat sich die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und die Abwehr aller Versuche, sie durch eine faschistische Gewaltherrschaft zu beseitigen zur Aufgabe gesetzt. Dafür braucht sie Menschen der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Meinungen, die Einheit auf breiter Grundlage. Schränkt da die Festlegung auf den Kampf gegen die großen Monopole nicht die Einheit ein? Das ist eine Frage, die auch wir uns stellen, und wozu wir unsere Freunde auffordern, Stellung zu nehmen.

Wenn man zur Untersuchung wieder das Potsdamer Abkommen heranzieht, dessen Realisierung in den Westzonen ja von den Besatzungsmächten hintertrieben wurde, so muß man doch sagen, daß dieses demokratische Abkommen auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems damals verwirklichtbar gewesen wäre. So war es für Demokraten verschiedener politischer Überzeugung vertretbar, und das oben angeführte Beispiel von Hessen zeigt auch, daß es vom überwiegenden Teil der Bevölkerung gewollt wurde. Heute sind die Bedingungen für eine Durchsetzung des Potsdamer Abkommens wesentlich erschwert, nachdem die Monopole stärker denn je sich wieder etabliert haben. Die Frage ist nur, können wir auf seine Forderungen verzichten, wenn wir gegen Faschismus und für Demokratie eintreten?

Und möchte die VVN, als Organisation ehemaliger Widerstandskämpfer, die Erkenntnisse, die -wie sie schreibt- "In den ersten Nachkriegsjahren Eingang ins Potsdamer Abkommen" gefunden haben, nicht mehr den jungen Antifaschisten zur Aufgabe stellen?

Wir geben zu bedenken, daß ein Mangel an Klarheit den Kampf in die falsche Richtung leiten kann, wie es unserer Meinung nach die Forderung nach "Demokratischer Kontrolle" auch tut, da sie die Anstrengungen und Energien auf eine Illusion richtet. Die Stoßkraft einer antifaschistischen Organisation hängt aber doch entscheidend davon ab, wie klar ihren Mitgliedern die Bedrohung durch die faschistische Gefahr ist!

Anzeige

DOKUMENTATION



**STOPPT
STRAUSS**

Herausgeber:
ANTI-STRAUSS-KOMITEE
Presserechtl.verantw.:
H.Jacobi
Martin-Greifstr.3
8 München 2
Eigendr.1.Selbstverlag
1.Aufl., 1978

Preis: DM 4.-

Bestellungen bitte an:

Heinz Jacobi
Martin Greifstr.3
8000München 2

Möglichst unter Vorauszahlung auf Postscheckkto.

H.Jacobi, PschA München 28 82 65 - 809

Kennwort: Stop Strauss

(Bei Abnahme größerer Stückzahlen für Veranstaltungen,
Infostände etc. können natürlich Sonderrabatte gewährt werden!)

es zugelassen haben, daß just solche Menschen prädestiniert sein sollen, an höchste Positionen einer freiheitlich-demokratischen und antifaschistischen Grundordnung zu gelangen. Für unsere politische Zukunft muß über Regelungen im Strafgesetzbuch hinaus festgehalten werden: Hitler ist ja nicht vom Himmel gefallen, er hat nicht 12 Jahre ohne das Zutun anderer geherrscht und ist dann verschwunden, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen. Nicht nur die Opfer von damals, sondern insbesondere auch die heutige junge Generation haben einen Anspruch darauf, vermittelt zu bekommen, daß der Faschismus der Jahre 1933 - 1945 nicht das Ereignis einer Überrumpelung des deutschen Volkes durch einige wenige Fanatiker war, sondern das Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen und der Verquickung handfester wirtschaftlicher Interessen mit politischer Macht."

Karl-Heinz Hansen (SPD) wies nach, daß die Ideologie des Antikommunismus von der Hitlerzeit bis heute Staatsdoktrin geblieben ist.

"...Wenn man uns selbst glauben wollte, so hat es seit 1945 in Westdeutschland und später in der Bundesrepublik lauter aufrechte Demokraten gegeben, von denen alle anderen europäischen Staaten nur lernen könnten. Wer bei uns allerdings daran erinnert, daß es in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens nach 1945 keine einschneidenden Veränderungen und fast gar keinen moralischen Neubeginn gegeben hat, für den wurde ein reibungslos funktionierendes Ritual des Rufmords wieder eingeführt: Er ist Kommunist, Kommunistenfreund, Linksradikaler inzwischen Sympathisant. Eine ehrliche, umfassende und kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat niemals stattgefunden, weil sie nicht stattfinden durfte..."

Und der ist ein Bolschewist, der daran erinnert, daß etwa im Freundeskreis der SS, dessen Kontrolle die Vernichtungslager unterstanden, die Creme der deutschen Industrie saß, der an die Filialen erinnert, die führende - noch heute führende - Unternehmen rund um Auschwitz betrieben mit Häftlingen, die man dort ausbeutete, bis sie reif waren für die Gaskammern und durch neues "Menschenmaterial" - wie es im Wörterbuch des Unmenschen hieß - aus den KZ's

ersetzt werden konnten. Wer sich bei uns nicht damit abfinden kann, daß in den Generalsrängen der Bundeswehr, in den Chefetagen großer Konzerne, in Landes-, Oberlandes-, Bundesgerichtssenaaten, in Parteien, Kabinetten der Länder und des Bundes, in der Villa Hammer-schmidt und im Palais Schaumburg Leute saßen, sitzen und sitzen werden, die nationalsozialistischen Organisationen angehörten, der ist Kommunist, Sympathisant oder Einflußagent Moskaus." Im Parlament blieb es vorerst bei diesen wenigen Aufrechten.

Die Organisationen, die in die Verjährungsdebatte entscheidend eingreifen könnten, die Gewerkschaften, beginnen erst mit Stellungnahmen. Christian Götz verantwortlicher Redakteur der HBV (Handel, Banken und Versicherungen) hat in der April-Ausgabe des Ausblick (HBV-Organ) sehr konsequent die richtigen Forderungen vertreten, wie: Nur NS-Verbrechen dürfen nicht verjähren! Mord ist nicht gleich Mord! Beitritt der BRD zur UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Götz sagte, "daß es bei der Verjährungsfrage nicht nur um die Bewältigung von Vergangenheit geht, sondern nicht weniger um eine Weichenstellung für die Zukunft."

Derselbe Artikel erschien auch im Organ der IG Druck und Papier. Diese guten Einschätzungen müssen für alle Gewerkschafter Grundlage sein für eigene Aktivitäten, angefangen von weiterer Information über Veranstaltungen bis zu Aktionen in der Öffentlichkeit! ■



Verfassungsidee und -wirklichkeit

Anmerkungen zum 30. Geburtstag des Grundgesetzes

Wir leben in der freien Hälfte der Welt. Wir leben zudem in einem der freiesten Länder überhaupt. Jedenfalls aber erfreuen wir uns der freiesten Verfassung der deutschen Geschichte. So haben wir es gelernt und so hören wir es von Politikern und Publizisten immer wieder - immer noch.

Der Text des Grundgesetzes gibt dem ja auch recht: "ALLE STAATSGEWALT GEHT VOM VOLKE AUS". Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." (Art. 20, 2 GG). Das Gewissen der Organe der GESETZGEBUNG war freilich schon von Anbeginn der zweiten deutschen Republik etwas einseitig!

Nur zwei Jahre nach Gründung dieser Republik und nur sechs Jahre nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur beantragte Kanzler Adenauer das Verbot der KPD - also der Partei, die am frühesten und konsequentesten gegen die Hitlerherrschaft gearbeitet hatte - und wurde die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) verboten, die wichtigste Organisation von Widerstandskämpfern.

Antikommunismus - nach Thomas Mann (1944) "die Grundtorheit unserer Epoche" - hatte wieder den gleich nach 1945 in allen Parteien vorhandenen und Gemeinsamkeit verheißenden antifaschistischen Geist verdrängt. "Mindestens was den Bolschewismus betrifft, ist

das Bild, das von ihm im Dritten Reich entworfen wurde, in den folgenden beiden Jahrzehnten kaum korrigiert worden den." (A. Mitscherlich)

Auch die demokratische Verlässlichkeit der Organe der VOLLZIEHENDEN GEWALT mußte dem politisch wachen Bürger schon recht bald mindestens gebrochen erscheinen.

1952 starb der junge kommunistische Arbeiter Philipp Müller auf einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung durch eine Polizeikugel.

1968, nach der Berliner Demonstration gegen den Schah-Besuch, wurde der vor den Polizeiknüppeln aus einem Hinterhof flüchtende Benno Ohnesorg erschossen.

Das Gerichtsurteil über das Verhalten während dieser Demonstration offenbart blanke Gewalt - aber nicht "vom Volke aus" (s. Kursbuch 12/1968)

Der damals zu trauriger Berühmtheit gelangte Polizeiobermeister Kurras wurde in erster Instanz freigesprochen, weil man ihm nicht nachweisen konnte, daß er "in seiner Situation und bei seinen individuellen Fähigkeiten" den Schuß hätte vermeiden können.

Auch spätere, bekannt gewordene Erschießungen - von oft waffenlosen oder wehrlosen Personen wie z. B. McLeod oder Georg von Rauch - führten nicht zu einer Verurteilung. Im Gegenteil - man ermittelte gegen Tatzeugen wegen übler Nachrede. Im Namen des Volkes!

Demonstranten sind von vornherein verdächtig; Polizisten genießen das Vertrauen des Gerichts, selbst wenn sie sich peinlich in Widersprüche verfangen (S. DID Nr. 32, S. 9). Die

Die Journalistin Peggy Parnass nennt 14 ehemalige Nazi-Richter allein in der Hamburger Justiz (STERN Nr. 3/79), und kein Richter des Hitlerregimes wurde bislang verurteilt; aber vier junge Drucker in Berlin erhalten Gefängnis, weil sie u. a. Sponti-Texte druckten (STERN, 15.3.79)

Angesichts solcher Gerichtsurteile sind Zweifel auch an der von der Verfassung geforderten Volksnähe der Rechtsprechung angebracht.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art. 1, 1 GG).

Aber handelt es sich in den genannten Fällen nicht bloß um einzelne Auswüchse, wie sie nun einmal vorkommen können? Die zu Anfang des Grundgesetzes erklärten GRUNDRECHTE binden doch "Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht" (Art. 1, 3 GG).

Schon in der Theorie freilich klappt in der Reihe der Grundrechte eine empfindliche Lücke:

Zwar hat jeder "das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" (Art. 2, 1 GG) und darauf, "Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen" (Art. 12, 1 GG) -

aber das zur Persönlichkeitsentfaltung grundlegend nötige RECHT AUF ARBEIT hat er nicht. Im übrigen wird heute auch der überzeugteste Verteidiger der Marktwirtschaft nicht guten Gewissens von 'freier Wahl der Arbeitsbedingungen sprechen wollen.

In Absatz 2 des Art. 12 gesteht das GG jedem zu, er dürfe nicht "zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden" -

"außer im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht".

Inzwischen ist dieser Rahmen gesetzlich geschaffen. Seit 1968 die SPD zusammen mit der CDU/CSU trotz lauten Protests aus dem die Staatsgewalt innehabenden Volke die Notstandsgesetze verabschiedet hat, kann jeder arbeitsfähige Mann - auch im Frieden - DIENSTVERPFLICHTET werden und zwar ohne Einfluß auf Art der Beschäftigung, Lohn, Arbeitszeit oder Arbeitsstelle.

In diesem Zusammenhang ist eine zweite Grundrechts-Lücke zu beachten: Im Unterschied zu Länderverfassungen erklärt das Grundgesetz nicht das RECHT AUF STREIK; umgekehrt ist die Ausspernung nicht verboten. Lediglich das Koalitionsrecht gilt (Art. 9, 3 GG)

1955 erklärte das Bundesarbeitsgericht, Arbeitskämpfe seien "im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und dem im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen" - ein einleuchtender Satz, sofern man nicht an Gesundheitsschäden, an Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit denkt.

Wie die Wirtschaftsmagnaten notfalls zu argumentieren gedenken und wozu dann



die Verschärfung der Strafgesetze und die Notstandsgesetze gut sein können, zeigte die Qualifizierung des Druckerstreiks als "Geiselnahme".

Vor diesem Hintergrund bekommt der Art. 80 a, 4 GG eine atemberaubende Schärfe. Vor allem wenn man dazu das Planspiel des Winter-Manövers vom März 1973 berücksichtigt; das liest sich wie ein Drehbuch für einen Film über die Weimarer Zeit: "Arbeiter haben im süd-deutschen Raum die Macht ergriffen und ein Rot-Land geschaffen". Im Blau-Land kann die Polizei Solidaritätsdemonstrationen nicht mehr Herr werden. "Daraufhin greifen bewaffnete BUNDESWEHR-Soldaten ein.

... Die Regierung von Rot-Land drohte heute morgen in einer nach Blau-Land ausgestrahlten Rundfunksendung, sie werde der unterdrückten Bevölkerung von Blau-Land notfalls mit Waffengewalt zu Hilfe kommen. Die Firmenleitung wurde aufgefordert, die Betriebsführung in die Hände der Arbeiterräte zu legen. Daraufhin wird Bundeswehr gegen streikende Arbeiter eingesetzt."

Wer ist denn hier das "Volk", von dem die Staatsgewalt ausgeht?

Zur richtigen Einschätzung der Lage muß noch ergänzt werden, daß BUNDESGRENZSCHUTZ-Einheiten verstärkt aufgerüstet und gezielt ausgebildet werden - dem Vernehmen nach gegen Terroristen. Diese Einheiten werden nicht in der Nähe der Grenzen, sondern in Ballungsgebieten stationiert.

In einem Übungseinsatz geht es gegen ein Dorf, in dem man Kommunisten vermutet.

Der kommandierende Offizier war einst als SS-Sturmbannführer zur Bandenbekämpfung eingesetzt (KAZ Nr. 40). Bei der Olympiade in München wird übungs- halber ein Stadtviertel besetzt und abgeriegelt - Haidhausen, ein Arbeiter- viertel.

Neben BUNDESWEHR und BUNDESGRENZSCHUTZ bietet auch die POLIZEI seit der Ver- abschiedung des Bayerischen Polizeiauf- gabengesetzes vermehrten Anlaß zur Wachsamkeit aller Demokraten. Seither kann die Polizei auf bloßen Verdacht hin gegen jeden "die notwendigen Maß- nahmen treffen". Das kann in der Pra- xis sehr rasch die Aufhebung der Grund- rechte der Unverletzlichkeit der Perso- son (Art. 2,2 GG), der Wohnung (Art. 13,1 GG) - auch ohne richterliche An- ordnung! - und sogar des Lebens bedeu- ten. Der Todesschuß ist bereits von vorneherein eingeplant; die allgemeine Polizei darf mit Maschinengewehren in eine Menschenmenge schießen - der Ober- landesgerichtspräsident Wassermann von Braunschweig spricht von "Einführung der Todesstrafe durch die Hintertür" (eingeführt von Alfred Seidl, damals bayer. Innenminister, dem erklärten Vertreter der Todesstrafe).

Aber die mögliche - und fallweise schon praktizierte - Verletzung von Grundrechten nimmt noch ganz neue Di- mensionen an, wenn man berücksichtigt, was bisher über Praxis und noch in der Forschung begriffene Technologie der DATENVERWERTUNG bekannt ist.

Schon gibt es eine zentrale Datei al- ler, die ein Girokonto in der Bundes- republik eröffnet haben; fast jeder kann die Daten abrufen. Schon entdeck- te man im Bundeskriminalamt eine bis dahin unbekannte Kartei mit ca. 1000 Wohngemeinschaften und einen "Melde- dienst über gewalttätige Störer" - aber seit Einführung des Computer- Systems PIOS (Personen, Institutionen, Organisationen, Sachen) sei sie nicht mehr verwendet worden (SZ vom 27.1. 1979). Schon werden Schwerpunkt-Com- puter zentral zusammengeschaltet; man hats insofern leichter, die Verlet- zungen des Brief- und Telefongeheimnis- ses (Art. 10 GG) - die Post-Schnüffelei ist - zumindest uns hier in München - ja noch im Gedächtnis, ebenso die diversen Wanzen-Affären! - nutzbringend zu verwenden.

Nach dem Regensburger Rechtsprofessor Wilhelm Steinmüller ist das bundes- deutsche, nachrichtendienstliche In- formationssystem inzwischen "zum Si- cherheitsrisiko für unsere freiheit- lich-demokratische und soziale Grund- ordnung geworden" (SPIEGEL (6.11.78))

Neben diesen Entwicklungen - zu deren Ergänzung noch die Ausländergesetze anzusprechen wären sowie die Berufs- verbote, die Kontrolle von Bibliotheks Ausleihen - verliert man die OHNE BESONDERE GESETZE WIRKENDEN GRUNDRECHTSVERLETZUNGEN fast aus dem Blick: Z. B. die nach wie vor beste- hende Benachteiligung der Frauen in Wirtschaft und Staat, die inzwischen gewachsene Selbstzensur der sonst vom Arbeitsplatzverlust oder Berufsverbot Bedrohten oder die ökonomisch beding- te Kanalisierung der öffentlichen Meinung - keineswegs hat ja "jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern ..." (Art. 5,1 GG)

Ein Artikel des Grundgesetzes fordert gerade in diesen Wochen noch beson- ders zum Vergleich zwischen Verfas- sungstheorie und Wirklichkeit heraus: der Art. 139, der das Grundgesetz an die alliierten Rechtsvorschriften ge- gen Nationalsozialismus und Militarismus bindet.

Auf die Kluft zwischen Theorie und Praxis wies in der jüngsten Verjäh- rungsdebatte im Deutschen Bundestag Karl Heinz Hansen (SPD) in bemerkens- wert klarer Form hin: "Wir werden dem- nächst den 30. Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern - unseres auf ANTIFASCHISMUS angelegten Verfas- sungstextes. Aber wie sieht denn die politische Wirklichkeit noch aus? Der Feind steht links bei uns wie eh und je".

Wer nach 1945 am aufrechten demokra- tischen Wandel des öffentlichen Le- bens zweifelte, "für den wurde ein reibungslos funktionierendes Ritual des Rufmordes eingeführt: er ist Kom- munist, Kommunistenfreund, Linksradi- kaler, inzwischen Sympathisant."

Trotz Art. 139 GG sind "diejenigen, die den härtesten Widerstand geleis- tet und von allen politischen Grup- pen die schwersten Opfer gebracht hatten, nämlich die deutschen Kommuni- sten" gemäß Bundesentschädigungsge-

„Abgestempelt“

Wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen", daß Sie sich einer Strafverfolgung oder Ihren Steuerverpflichtungen entziehen wollen, daß Sie Ihre Unterhaltspflicht nicht erfüllen oder unbefugt in fremde Heeresdienste eintreten wollen oder gar die Sicherheit der BRD gefährden, können Sie - seit November 1978 - einen Stempel in den Personalausweis bekommen. Auf Seite 2 wird ein Dienstsiegel eingestempelt, auf Seite 8 der Eintrag: "§ 2, Abs. 2 Personalausweisgesetz". Für jeden Grenzbeamten bedeutet das, daß dem Ausweisinhaber die Ausreise verwehrt werden soll.

Dieser "Grenzsperrvermerk", der bereits aufgrund eines Verdachtes eingetragen werden kann (so die Datenfachleute) bedeutet dann für Sie, daß jeder, der Ihren Personalausweis in die Hände bekommt, Raum für weitere Verdächtigungen hat. Die "Tatsachen", die die "Annahme rechtfertigen" sind ja nicht vermerkt. Wenn Sie also ein Hotelzimmer nehmen, ein Auto anmelden oder sich bei einem neuen Arbeitgeber bewerben wollen, werden Ihnen durch dieses 'Kainszeichen' auf jeden Fall Nachteile entstehen. Jeder kann in Ihnen einen Terroristen, einen Steuerhinterzieher oder einen anderen Staatsfeind sehen.

Sollten sich diese "Tatsachen" als falsch herausstellen, so können Sie - je nach Bundesland - einen neuen Personalausweis beantragen oder "einen gegenstandslos gewordenen Siegel-Eintrag (könnte!) in eben diesem Ausweis durch einen Zusatzeintrag als amtlich gestrichen erklärt" werden. (FR 24.3.79)

'Pech' haben Sie allerdings, wenn Sie beim Kleben von antifaschistischen Plakaten 'erwischt' worden sind und Ihnen ein Strafverfahren droht. Wer entscheidet hier ob "Tatsachen" vorliegen? Vielleicht ein Richter, der selber ein Faschist ist?

Inzwischen haben Hessen und Nordrhein Westfalen vorläufig auf diesen Vermerk verzichtet. In Baden-Württemberg aber läuft sogar bei jeder Ausweisausstellung eine 'Regelanfrage'. Bis zur endgültigen Entscheidung der Innenminister-Konferenz spielen also die CDU/CSU regierten Länder wieder einmal die Vorreiter.

Diese Entscheidung wird nur durch Proteste und Empörung der Bevölkerung zu unseren Gunsten ausfallen. Strauß & Co. müssen merken, daß wir uns den Abbau demokratischer Rechte auf keinem Gebiet gefallen lassen!

Gezielter Todesschuß

Wir haben schon immer vor dem gezielten Todesschuß gewarnt, gewarnt vor der Beseitigung der psychischen Hemmung durch die generelle Erlaubnis zum Schießen. (Obwohl es ja schon übel genug ist durch "Notwehr" erledigt zu werden.)

Das Beispiel Italien gibt eine Lehre. Wir zitieren den STERN 16/1979:

Italiens Polizisten gehen sehr großzügig mit der Waffe um, seit ein Gesetz - die 'Legge Reale' - aus dem Jahr 1975 den gezielten Todesschuß erlaubt. Parlamentarier errechneten, daß Beamte seither mindestens 130mal 'gezielt' zur Waffe gegriffen haben: 56 Unschuldige starben, 84 wurden zum Teil schwer verletzt. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gab es sechs Tote und sieben Verletzte. Die 'Radikale Partei', die im Parlament für den Widerruf dieses Gesetzes kämpft, präzisierte: 'In den meisten Fällen drückten die Polizisten auf Unbescholtene ab, die bei Straßenkontrollen nicht anhielten. Opfer der Schießlust waren zu 80 Prozent Jugendliche mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren.'

setz von 1956 von jeder Entschädigung ausgenommen - gleich den Nazis und Zuchthäuslern (vgl. Bernt Engelmann, Trotz alledem, Deutsche Radikale 1777-1977; vgl. SPIEGEL 19.3.79)

Der Vergleich zwischen Idee und Wirklichkeit der bundesdeutschen Demokratie erfordert unser politisches Engagement: TROTZ ALLEDEM!

Es gilt, die in der Theorie unserer Verfassung immerhin verankerten demokratischen Rechte, die einst vom fortschrittlichen Bürgertum erkämpft worden waren, einzuklagen und zu verteidigen gegenüber der immer aggressiveren Verfassungspraxis in unserem Land, die die demokratischen Rechte konsequent abbaut zugunsten der Privilegien weniger.

Und es gilt, diejenigen entschieden zu bekämpfen, die schon einmal ihre Privilegien rücksichtslos durchsetzen und Leid und Tod über Millionen Menschen brachten - und die heute wieder die Schalthebel der Macht in der Hand halten. ■

Bernt Engelmann:

Neonazismus - keine Gefahr?

(aus: "Solidarität" - Zeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, März 79)

Alljährlich versichern uns die zuständigen Behörden, der Neonazismus sei keine ernste Gefahr. Aber sind die Neonazis wirklich so unbedeutend?

Schon 1953 ergab eine Allensbacher Umfrage, daß ein beträchtlicher Teil der Bundesbürger trotz der entsetzlichen Erfahrungen mit der braunen Diktatur, nach wie vor für den Nazismus anfällig war. Auf die Frage, "Angenommen, eine neue Naziartei versucht an die Macht zu kommen - wie würden Sie sich da verhalten?", erklärten 13% der Erwachsenen, sie würden dies "begrüßen", fast die Hälfte davon wollte sogar aktiv dabei helfen.

Inzwischen sind 25 Jahre vergangen. Doch die Ergebnisse heutiger Umfragen sind denen von damals erschreckend gleich geblieben. Noch immer würden knapp 16% der Erwachsenen eine Machtübernahme durch Neonazis begrüßen, 7% sie sogar aktiv unterstützen. Auch an Nachwuchs fehlt es nicht, wie eine soeben erschienene Dokumentation zeigt. Schlimmer noch: mehr als 30% der Bundesbürger halten den Volksverderber Hitler für "einen großen Mann, der viel für Deutschland geleistet hat"! Das ist das traurige Ergebnis allzulangen Schweigens über die millionenfachen Morde und anderen Verbrechen der Nazis und allzu vieler unkritischer schönfärberischer Berichte über das "Dritte Reich".

Trotzdem wäre ein harter Kern von etwa 7% oder rund 3 Millionen aktiver Neonazis mit einem "Umfeld", das je nach der Lage bis zu höchstens einem Drittel der bundesdeutschen Wähler anschwellen könnte, noch nicht bedrohlich zu nennen, gäbe es ein starkes, zu entschlossenem Widerstand bereitendes Gegengewicht. Das aber fehlt hierzulande!

Alle Untersuchungen seit 1951 zeigen, daß etwa 20 Prozent der Erwachsenen kein Interesse an Politik haben, und die Frage, wie sie zu einer Machtübernahme durch eine neue Naziartei stehen, mit "Ist mir egal" beantworten. Zwar ist eine klare Mehrheit, fast 55%, seit eh und je gegen alte

und neue Nazis, aber nur jeder 4. Bundesdeutsche will "alles dagegen tun", damit wir nicht noch einmal den Terror einer braunen Diktatur unterliegen. Diese mangelnde Bereitschaft zur wirksamen Bekämpfung des Neonazismus in Verbindung mit der großen Anzahl von Gleichgültigen und der noch größeren von möglichen Mitläufern der Nazis - das erst macht die an sich ja recht schwachen ultrarechten Aktivisten zu einer tatsächlichen Gefahr. Hinzu kommt, daß die Größe dieser Gefahr nicht klar erkennbar wird. Die Mitgliederzahlen rechtsextremistischer, untereinander oft zerstrittenen Gruppen und Grüppchen geben ein falsches Bild, und das gilt auch für die mageren Wahlergebnisse Neonazistischer Parteien. Was das Erkennen der wahren Wirksamkeit des Neonazismus so schwierig macht, ist seine im letzten Jahrzehnt bis zur Perfektion gediehene Verzahnung mit dem rechten Flügel großer, sich zur "demokratischen Mitte" zählender Parteien, speziell mit der CSU. Der scharfe Rechtsdruck, den die CSU unter Führung von Strauß vollzogen hat, nachdem sie 1969 in die Opposition geraten war, hat diesen Verschmelzungsprozeß eingeleitet. Der Kampf der CSU gegen die angebliche "Verzichtspolitik", sprich: die Politik der Entspannung und Aussöhnung, war ein erstes, noch leicht verhülltes, dann immer offeneres Werben um die Stimmen der Neonazis.

Zehn Jahre später, im Januar 1979, fand Strauß schon nichts mehr dabei, die "Holocaust"-Darstellung im Fernsehen eine "Geschichtsverfälschung" zu nennen - mit der geradezu haarsträubenden Begründung, man müßte dann auch andere "grausame Kapitel" zeigen, etwa "die Greuel der Vertreibung" der Deutschen nach dem Krieg. Solcher Versuch, organisierten Völkermord aufzurechnen gegen das dadurch verursachte weltweite Entsetzen und die blinde Wut der Mißhandelten auf ihre Peiniger, der dann gewiß auch Unschuldige zum Opfer fielen, ist nicht nur perfide, sondern auch Wasser auf die Mühlen jener Neonazis, die die "Holocaust"-Ausstrahlung durch Bombenattentate zu verhindern versuchten.

Die Verzahnung zwischen Neonazismus und dem rechten Flügel der angeblich "demokratischen Mitte" ist vielfältig. Sie beschränkt sich keineswegs auf die CSU und auf Bayern. Sie zu erkennen und ihr aktiv entgegenzuwirken, ist dringend notwendig, ebenso die Mobilisierung der vielen, bislang in Gleichgültigkeit und Passivität verharrenden, dabei im Grunde antinazistisch eingestellten Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen uns ernsthaft darum bemühen, daß sich auch die letzten, noch zögernden Menschen in unserem Land endlich dazu entschließen, alles dagegen zu tun, damit unser Staat nicht denen in die Hände fällt, die Deutschland schon einmal ruiniert und in tiefste Schande gebracht haben.

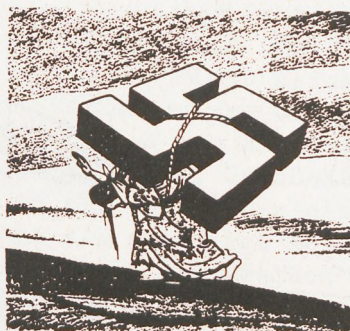
Bernt Engelmann

Wer war Hitler?

Antworten auf den Film von J.C. Fest
und die neue Hitler-Legende

Reinhard
Kühnl

Der
deutsche
Faschismus
in Quellen
und
Dokumenten



Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein

Zweite, überarbeitete Auflage '77. 512 Seiten mit 317 Dokumenten und 13 Abbildungen, DM 9,80

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie
an der Zerstörung der Weimarer
Republik

4. unveränderte Aufl., 165 S., DM 9,80

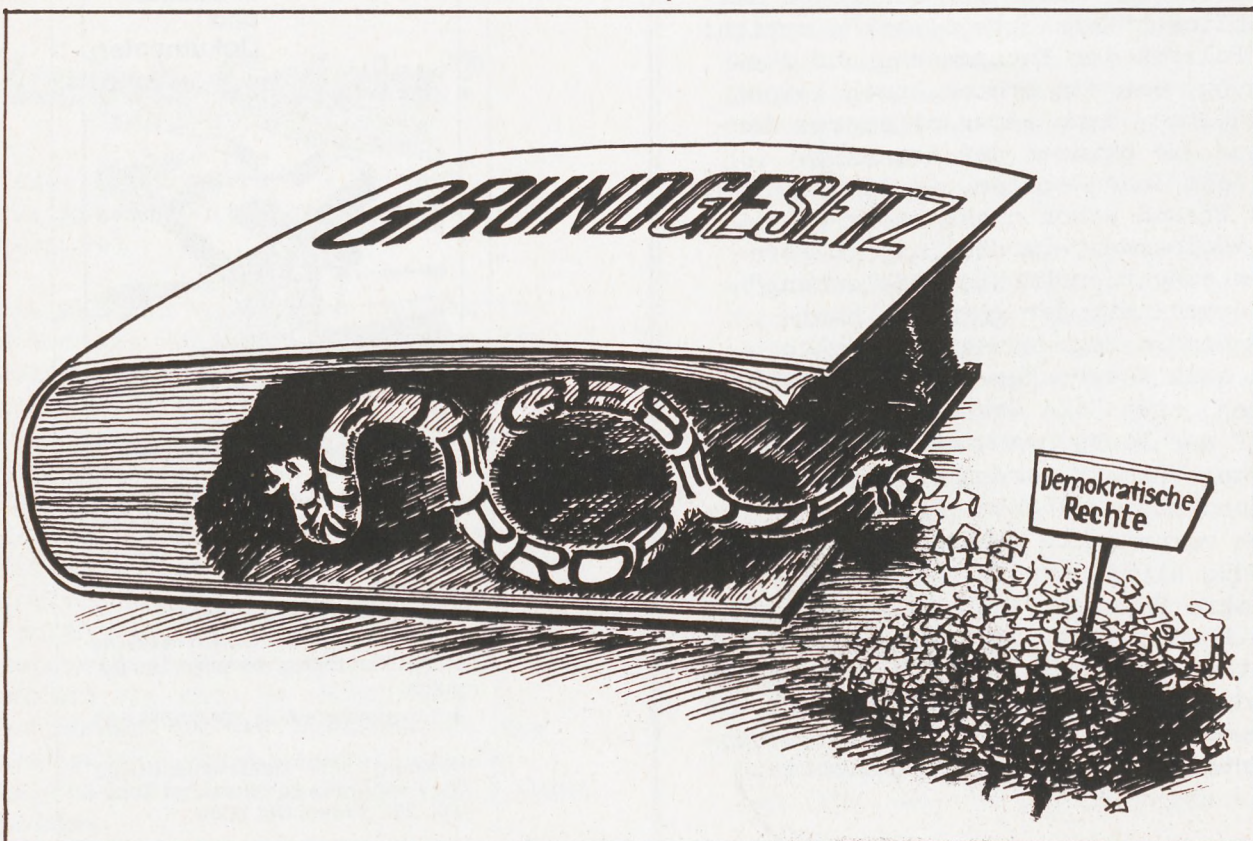
Reinhard Kühnl / Gerd Hardach (Hg.)
Die Zerstörung der Weimarer
Republik, 292 Seiten, DM 12,80

wie demokratisch ist das Grundgesetz ?

Nach dem wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands 1945 stellte sich die Frage, nach welchen Grundsätzen und von wem ein Staat aus dem Chaos aufgebaut werden sollte. Die Siegermächte, die sich zur Einleitung und Kontrolle der Neuorganisation des deutschen, politisch führungslosen Staates berufen fühlten, gaben im auf die Konferenz von Jalta folgenden Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 erste Richtlinien. So hieß es in den politischen Grundsätzen: "... Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, ... sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern zu entfernen.

Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken ... Die Schaffung freier Gewerkschaften wird gestattet werden." Auch die Entmilitarisierung und völlige Abrüstung, die Ausschaltung der Kriegsproduktions-Industrie wurde festgeschrieben. In den wirtschaftlichen Grundsätzen stand: "In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftssystem zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden, übermäßigen (wo beginnt 'übermäßig'? - Anm. d. Verf.) Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Die Lehren, die aus den Erfahrungen mit dem Hitlerregime gezogen werden sollten, schlugen sich in Programmen und Leitsätzen des gesamten, neu entstehenden Parteien-Spektrums nieder; sogar die CDU überrascht mit einer anti-kapitalistischen Meinung, zumindest stellt sie im Ahlener Programm vom Februar 47 fest: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen



und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke ... Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde sind zu entflechten...."

Schade, daß sich diese guten Vorsätze nicht mal bis zur Geburt des Grundgesetzes gehalten haben! Die Wirklichkeit sah nämlich kurze Zeit nach Inkrafttreten des Potsdamer Abkommens bereits wieder anders aus:

"... Maßnahmen, wie z. B. Absetzung politisch belasteter Beamte, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben viele, als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern ..." (Jahrbuch der SPD 1946). Kein Wunder, daß da heute noch so viele sind(vor allem nachdem der deutsche Bundestag am 11.5.51 mit dem "Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen" beschloß, daß die Wiedereinstellung aller nach 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Personen Pflicht sei).

Arbeiterversammlungen zur Gründung von Gewerkschaften wurden von den Besatzungsbehörden verboten; erst 1949 konnte der DGB als Einheitsgewerkschaft gegründet werden.

NIKOLAI SCHPANOW DIE BRANDSTIFTER

Verlag FREIES VOLK
(Verlag und Buchversand)
Tulbeckstr. 4 (Rückgeb.)
8000 München 2
Roman
1076 Seiten
Format 12x17
Paperbackausgabe
Preis: DM 25,-

Es liest sich wie ein Kriminalroman: hinter den Kulissen von Plusch und Pomp ein erbitterter Kampf der Geheimdienste, Morde, Attentate und horrenden Millionenschiebereien. Schpanow zeichnet detailgetreu das Bild der Brandstifter, der Finanzmagnaten von der Wallstreet, von Rhein und Ruhr. Umfangreiches Quellenstudium befähigt den Autor offenzulegen, wie sie den deutschen Faschismus stützen: der Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ist der Krieg. Nicht als böse Einzelpersonen, sondern als Vertreter ihrer Klasse nach den Gesetzen des Profits. Eine Nachhilfelektion in Romanform und die Mahnung: Die Herrschaft der Brandstifter ist noch immer ungebrochen!

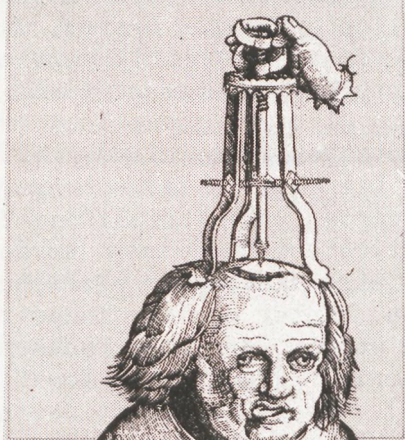
Und wie stand es mit der Entflechtung der Konzerne? Die Ferguson-Kommission eine amerikanische Untersuchungskommission zur Überprüfung der Konzernentflechtung faßt in ihrem Bericht zusammen: "Mit Ausnahme der Fa. Bosch sind weder in den Grundindustrien noch in der Schwerindustrie oder in der Leichtindustrie Konzernentflechtungen eingeleitet worden." Und das obwohl der Bericht festgestellt hatte, daß 70 % der gesamten deutschen Industrie aus nur 69 Unternehmen bestand (1947).

In dieser politischen Atmosphäre wurde vom Parlamentarischen Rat, dessen Mitglieder nicht einmal in einer allgemeinen Wahl delegiert waren, das Grundgesetz ausgetüftelt und am 8.5.49 verabschiedet, zudem die Machtverhältnisse schon wieder offiziell zugunsten der wirtschaftlichen Interessen der deutschen und alliierten Industriellen und deren System, das von der CDU vorher geschmähte kapitalistische Wirtschaftssystem standen. "Eine Regierung wird auf jeden Fall für die drei Westzonen Deutschlands gebildet werden. Die meisten Verwaltungsfunktionen werden wahrscheinlich von Business-Vertretern übernommen werden. Die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Deutschlands sein werden." ("Washington Post" vom 16.5.49) - diese Gewißheit zeichnete sich zur Geburtsstunde des Grundgesetzes ab. Es gelang den antifaschistischen Kräften nicht, Grundsätze, die noch 1945 für den Aufbau einer neuen Demokratie als unbedingt notwendig gegolten hatten, im Grundgesetz zu verankern, nämlich z. B. das Streikrecht, das Verbot der Aussperrung, eine nähere Regelung zur Konzernentflechtung und zur Sozialisierung von Produktionsmitteln oder zur Mitbestimmung. Dies scheiterte am Widerstand der großen Fraktionen - sowohl der CDU/CSU als auch der SPD, die alle dieses Grundgesetz so anlegten, daß es als Ausgangspunkt zum Aufbau eines Staates nach kapitalistischem Muster geeignet war. Viele Formulierungen werden unverbindlich und weit interpretierbar durch Zusätze wie etwa "nähere Einzelheiten sind durch Ländergesetze geregelt" gewählt.

Die Gültigkeit des Art. 20/2 "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" wurde bald auf die Probe gestellt, als Konrad Adenauer gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung bereits 1950 mit der Wiederaufrüstung begann (74,6 % der Bürger Westdeutschlands verneinten im Januar 1950 laut einer Umfrage des Emnid-Institutes die Wiederaufrüstung.)

Gerade weil es offensichtlich ist, daß bereits bei der Entstehung des Grundgesetzes sich ein Erstarren der reaktionären Kräfte, denen Bürger mit 'zu vielen' Rechten und Freiheiten eines

Einstellungsgespräch (öffentlicher Dienst)



Berufsverbot für Lokführer - Warum eigentlich?

Werden da Kapriolen geschlagen, soll das Kabinett der vom Berufsverbot Betroffenen nur um eine "Rarität" bereichert werden?

Oh nein, Berufsverbot für Lokführer ist bitter ernst gemeint!

Heute schon dem vorbeugen, was ihnen von damals noch tief in den Knochen sitzt, das wollen die Herrschenden. So haben doch in der französischen Resistance viele Eisenbahner die Züge der Hitlerfaschisten - geladen mit notwendigem Material für die Aufrechterhaltung der faschistischen Unterdrückung Frankreichs - schlicht aufs Abstellgleis gefahren

Ein triftiger Grund, dem vorzubeugen!

Tages lästig sein könnten, abzeichnete, müssen wir uns dafür einsetzen, daß die demokratischen Grundrechte, die uns dieses Gesetz auf dem Papier zugesteht, erhalten bzw. wieder zurückgewonnen werden. Nur der gemeinsame Kampf um die Durchsetzung der Grundrechte erhält sie, nicht die Tatsache, daß sie auf dem Papier stehen, wenn wir zusehen, wie sie in der Realität eins ums andere durch neue Gesetze und die verschärfte Auslegung bestehender Gesetze beschnitten werden. ■

Soviel kostet die Meinungsfreiheit

Während der Seidl-Kampagne gab das ASK ein den meisten von Ihnen bekanntes Flugblatt heraus.

Oben war der Original-Kopf der "Zeit" abgedruckt, darüber ein schmaler Querstreifen "DID - Extrablatt".

Der Text bestand lediglich aus dem Originalabdruck des im Feuilleton der "Zeit" vom 20.10.78 erschienen Artikel von Gert Heidenreich "Freiheit im Freistaat".

Daraufhin bekam das ASK einen Prozeß vom Zeit-Verlag.

Bisherige Kosten für 'Zeit'-Verlag- Prozeß bzw. Vergleich

14.3.79	RA Wächtler	DM	100.--
14.3.79	RA L. v. Nitzsch (Gegenanwalt)	DM	424.54
27.3.79	RA L. v. Nitzsch (Vergleich)	DM	750.--
30.3.79	J. Mesner, Ge- richtsvollzieher	DM	357.74
		DM	1 632.28
			=====

dazu kommen noch Gerichtskosten und
RA Wächtler zu vergütende Kosten

Leserbrief

Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte: Das ist die Mahnung von gestern und die Notwendigkeit für heute!

Zur Theorie und Praxis der antifaschistischen Einheit in der VVN-Bund der Antifaschisten.

In dem z. Zt. zur Diskussion gestellten Entwurf für ein Orientierungs- und Aktionsprogramm 'Antifaschistische Alternativen' stellt VVN - Bund der Antifaschisten an drei Stellen ausdrücklich und mit Betonung die Notwendigkeit der antifaschistischen Einheit heraus. (S. 6; S. 11; S. 23 f).



"Die VVN-BdA suchen über ihre Aktionsziele das Gespräch mit allen Interessierten. Sie wollen im Kampf für diese Ziele mit möglichst vielen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten wirkungsvoll zusammenarbeiten.

Die VVN-BdA sind eine kämpferische Organisation, die sich in allem von den Lehren und Erfahrungen des Widerstandes leiten läßt. Sie stehen Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher, politischer und sozialer Herkunft offen, die für die Demokratie, gegen alle faschistischen Tendenzen aktiv werden wollen. Sie sind auf keine bestimmte Ideologie oder politische Theorie festgelegt. In diesem Sinne sind sie eine überparteiliche Organisation."

In aller Eindeutigkeit und unmißverständlich wird hier mehrfach mit Nachdruck betont: Eingedenk der Fehler in der Weimarer Zeit ist die Einheit aller Antifaschisten - unbeschadet der Unterschiede oder Gegensätze religiöser oder politischer Art - notwendig als Voraussetzung, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: die Verteidigung der Demokratie.

Um so ratloser stehen wir vor der Praxis der (Münchner) VVN. Sie schließt zwar Aktionsbündnisse mit Liberalen, Sozialdemokraten und der DKP, verweigert aber nach wie vor stur jede Kooperation mit dem Anti-Strauß-Komitee ohne Begründung. Sowohl die VVN-BdA wie das ASK verstehen sich nicht als politisch gebundene Partei-Formationen, sondern als Zusammenschlüsse von Demokraten verschiedener Richtungen mit dem Ziel, bewußt antifaschistisch und engagiert demokratisch wirksam zu werden. Das ist gemäß den Programmen und Aktionsaufrufen das höchste und übergeordnete Ziel beider Vereinigungen. Ihm haben sich also alle Unterschiede unterzuordnen, wenn es darum geht, öffentlich wirksam die Demokratie einzuklagen und gegen Neofaschismus und diesen fördernde Rechts-Tendenzen in Gesellschaft und Politik vorzugehen!

Gegenüber dem ASK hat die VVN bisher dieses Ziel in geradezu grotesker Weise mißachtet. Damit aber gerät nicht nur die Glaubwürdigkeit ihrer offiziellen Aussagen in Zweifel, sondern - und das ist das wirklich Schlimme - die VVN macht hier denselben, verhängnisvollen Fehler, den sie in ihrem Programmentwurf zu Recht als eine Ursache der Machübernahme durch die Nazis feststellt.

Politische Rechte und Neonazis können sich darüber nur freuen. Denn solange ein Antifaschist den anderen bekämpft, fehlt die Kraft, die Öffentlichkeit so wirkungsvoll aufzuklären und zu aktivieren, daß sie einen erneuten Faschismus nicht mehr hinnimmt, sondern in tätigem Widerstand verhindert. Daß das ASK seinerseits die Aktions-Einheit mit anderen demokratischen Partnern und gerade auch mit der VVN sucht, kann leicht belegt werden. Daß es selber eine Bündniskraft ist, zeigte sich deutlich während der Anti-

Seidl-Kampagne, bei der sich der erfolgreichen Initiative des ASK z. B. die Jungdemokraten, Jusos und der VDJ anschlossen.

Und daß das ASK mit Phantasie und Einsatz gute Öffentlichkeitsarbeit leistet, bewiesen nicht nur das Seidl-Tribunal, sondern ungewollt auch Veranstaltungen der VVN. Ein gutes Beispiel ist die Kundgebung gegen die geplanten Neonazi-Aktionen anlässlich der Holocaust-Ausstrahlung. Was das Publikum hier an Inhalten auf Tafeln einprägsam vermittelt bekam, stammte zum guten Teil vom ASK - wie auch auf dem Pressefoto in der Süddeutschen Zeitung zu sehen ist.

Das bisherige Verhalten der VVN gegenüber dem ASK steht also nicht nur im Widerspruch zu ihren eigenen Programmaussagen, sondern verhindert die Erreichung der eigenen Ziele durch die Weigerung zur Zusammenarbeit mit dem ASK.

Wir fordern daher die VVN - Bund der Antifaschisten München in ebenso ehrlicher wie kritischer Solidarität auf die kleinliche und gefährliche Verweigerung von Zusammenarbeit aufzugeben und ihre gute Theorie endlich auch in gute Praxis umzusetzen.

Es geht doch auch anders:



7. Mai 1977: Am Ende eines beispielhaften Tages bekräftigt in der Gedenkstätte Dachau ein Kamerad der VVN für alle den Schwur von damals: „...Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

“...(ist) der moralische Zustand Europas schlimmer als der materielle oder der politische oder militärische. Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind ausgetreten aus der Geschichte” ...

“...Dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird”

Franz Josef Strauß, Sonthofener Rede

Gewerkschaft HBV - Fachgruppe
Buchhandel & Verlage
Tübingen / Reutlingen
I.A. Jürgen Strohmaier,
Gmelinstraße 76, 7400 Tübingen

Demokratischer Informationsdienst
München

Tübingen, den 7.3.79

Liebe Freunde,
obwohl wir gerade in Tarifaueinander-
setzungen stecken, sehen wir, die als
Angestellte des Buchhandels und der
Verlage besonders von der Zensur fort-
schrittlicher und antifaschistischer
Bücher betroffen sind, es als notwen-
dig an, uns diesem Marsch nach rechts
entgegenzustellen.

Daher haben wir zu einem besonders
krassen Fall die beiliegende Erklä-
rung veröffentlicht zu dem Buch:
Gertrud Scholtz-Klink, die Frau im
Dritten Reich, Tübingen, Grabert, 1978

Scholtz-Klink war die Reichsfrauenfüh-
rerin des NS-Regimes.

Wir wollen auch Sie bitten, gerade in
der derzeitigen Diskussion gegen die
Verjährung unseren Beitrag in Ihrer
Zeitung zu veröffentlichen.

Mit antifaschistischem Gruß
I.A.

gez. Strohmaier

Erklärung:

Es ist kein Geheimnis, daß die Zahl
neonazistischer und offen den Faschis-
mus verherrlichender Publikationen
ständig zunimmt. Als Sortiments- und
Verlagsbuchhändler kommen wir häufig
mit diesen Produkten in Berührung.
Ein besonderes Exemplar dieser Gat-
tung erschien im Herbst 1978 im
Tübinger Grabert Verlag. Hier wird
nicht nur abstrusen "germanischen" My-
then oder sonstigen verqueren Weltan-
schauungen gehuldigt; hier wird von
der Reichsfrauenführerin des Nazi-Re-
gimes, Gertrud Scholtz-Klink, noch 35
Jahre später die nationalsozialisti-
sche Gewaltherrschaft verteidigt.

Als Beweis, wie ernst es manchen Leu-
ten hierzulande immer noch ist, sei
die "Widmung" aus ihrem Buch "Die Frau
im Dritten Reich" im folgenden zi-
tiert.

Widmung

Die vorliegende Arbeit widme ich als dankbaren Gruß allen
Frauen, die die nationalsozialistische Zeit gestaltend oder
mittragend gläubigen Herzens erlebt haben. Viele von ihnen
hat der Tod schon von allen Erdennöten befreit, – an ihrer
Stelle gilt mein Gruß ihren Kindern und Kindeskindern.
Mögen sie niemals an ihren Eltern unsicher geworden sein!

Besonderen Gruß sende ich all meinen ehemaligen Mitar-
beiterinnen in Berlin, den Gauen, Kreis- und Ortsgruppen;
sie haben oft viel Mut und Kraft gebraucht, um ihrer Arbeit
Geltung zu verschaffen – doch war auch viel Freude und
Dank ihr Teil!

In Ehrerbietung gedenke ich an dieser Stelle auch all der
Frauen, deren Männer in Nürnberg, Landsberg und vielen
andern Straf- und Umerziehungslagern unserer Sieger ihr
Leben für Deutschland lassen, oder lebenslange Schäden an
ihrer Gesundheit davontragen mußten. Diese Frauen und
ihre Kinder müssen wissen, daß ihre Opfer unvergessen
sind.

September 1978

Gertrud Scholtz-Klink

Gertrud Scholtz-Klink

Eigenartig mutet es angesichts dessen
den unbefangenen Zeitgenossen an, daß
derartige Publikationen ohne weiteres
erscheinen dürfen, während für links-
radikal erklärte Bücher und Zeitschri-
ften in breitem Umfang sehr schnell un-
ter die Paragraphen der Gewaltverherr-
lichung (STGB §§ 88 a und 130 a) fal-
len. Wie war das doch gleich mit dem
Grundgesetz?

Ob Justitia, der die Binde offensicht-
lich nur auf dem rechten Auge sitzt,
dafür doppelte Sehschärfe auf dem an-
deren Auge entwickelte, ist eine Fra-
ge, die wohl anhand solcher Fakten ge-
stellt werden muß.

Fachgruppe Buchhandel/Verlage
Tübingen/Reutlingen
Gewerkschaft Handel, Banken, Versi-
cherungen
Krämerstraße 31
7410 Reutlingen

Presseerklärung

Wir, die Unterzeichner, haben für den 23. Mai 1979 in Bonn einen Zug mit Abschlußversammlung unter freiem Himmel angemeldet, der Bertolt Brechts Gedicht "Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" leibhaftig darstellt. Nachdem die Mehrheit der Bundesversammlung offensichtlich entschlossen ist, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied und Hakenkreuzträger gerade in Anbetracht dieser seiner Vergangenheit am Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes zum höchsten Repräsentanten der BRD zu küren, erweist sich dieses Gedicht von Bertolt Brecht aus dem Jahre 1947 als weitsichtiger Beitrag zur bundesdeutschen Gegenwartsbewältigung! In Form eines durch die "deutsche Landschaft" ziehenden Zugs stellt dieses Gedicht sie alle vor: nicht nur "die entnazten Nazi, die als Filzlaus in den Ritzen aller hohen Ämter sitzen", sondern alle, die dem Nazi-Staat ebenso eifrig dienten wie sie danach für sich und ihresgleichen "Freiheit und Democracy" verlangten und bekamen. In Brechts Gedicht folgt diesem Zug ein "unbekannt Geschlecht": Damit sind gemeint die Opfer der Nazi-Barbarei - aber auch wir, die jeder Rehabilitierung der Nazi-Vergangenheit den Kampf ansagen müssen, um ihrer Wiederkehr in dieser oder jener Form vorzubeugen! In diesem Sinne fordern wir die Demokraten und Antifaschisten auf, durch ihre Beteiligung an dem von uns angemeldeten Vorhaben ihrer Auffassung zur drohenden Wahl von Professor Carstens zum Bundespräsidenten Ausdruck zu geben.

Weitere Auskünfte erteilt:

23. April 1979

Angela Kammrad
Tulbeckstr. 4 Rgb.
8000 München 2
Telefon: 089/ 7694070

Unterzeichnet von:

Günter Wallraff

Günter Wallraff, Schriftsteller

Hermann Gremliza

Hermann Gremliza, Herausgeber von "Konkret"

Angela Kammrad

Angela Kammrad, Roter Wecker

Willi Thomczyk

Willi Thomczyk, Schauspieler und Autor

Ute Schilde

Ute Schilde, Sozialpädagogin